

## **Aussetzung der Planungen zur Einrichtung einer Umweltzone in der Stadtgemeinde Bremen**

Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) - 10. Sitzung am 08.04.08

[...]

Abg. **Jens Dennhardt** (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Focke, Sie sprechen hier davon, dass die Umweltzone eine Krankheit sei. Hingegen ist die Gesundheit selbst in Ihrem Beitrag kaum ein wichtiges Thema gewesen. Das finde ich bedenklich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich meine, dass Sie hier in der Verantwortung stehen, eine richtige Interessenabwägung zu treffen. Die CDU-Fraktion hat uns einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, in dem sie vor allem die Aussetzung der Planung zur Einrichtung einer Umweltzone fordert. Diese Erkenntnis kam für die CDU also unerwartet. Man könnte es auch als eine Kehrtwendung der CDU sehen, denn schon der CDU-Umweltsenator Eckhoff hatte im Herbst 2005 kurzfristig Schilder mit einem Fahrverbot für Lkws aufstellen lassen, die nicht der Euro-4-Norm entsprechen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das entspricht der grünen Plakette.

(Zuruf des Abg. Dr. Buhlert [FDP])

Die Aktion hatte nur leider, wie Herr Dr. Buhlert gerade dazwischenrief, keine ausreichende rechtliche Grundlage. Es ging vielleicht doch mehr um Pressearbeit. In der Großen Koalition war die Umweltzone im weiterhin von CDU-Senatoren verantworteten Umweltressort eine der Maßnahmen zur Luftreinhaltung, von denen die größte Wirkung erwartet wurde. Entsprechend wurde ihre Einführung im Rahmen des vom Senat im August 2006, Große Koalition, beschlossenen Luftreinhaltungs- und Aktionsplans im Umweltressort auch weiterhin verfolgt.

Doch seit die CDU keine Verantwortung mehr im Senat hat, begann ihre Abkehr von der Umweltzone. Nun sollte man Politiker nicht strafen, wenn sie klüger werden. Aber ist es wirklich klüger, auf die Einführung einer Umweltzone erst einmal zu verzichten?

CDU-Fraktionschef Röwekamp sagte in der öffentlichen Fraktionssitzung der CDU zur Umweltzone, dass Bremen sich nicht immer an Werder orientieren solle. Bei der Umweltzone solle man darauf verzichten vorne mitzuspielen und lieber abwarten, was die anderen tun. Ist das klug, wenn man weiß, dass Bürgerinnen und Bürger, die von Überschreitung der europäischen Grenzwerte bei Feinstaub und Stickstoffdioxid an stark befahrenen Straßen betroffen sind und die, wie in München geschehen, bereits erfolgreich gegen die Untätigkeit einer Kommune klagen konnten?

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Wir wissen jetzt schon, dass die Einführung der Umweltzone nicht ausreichen wird, alle Grenzwertüberschreitungen zu beseitigen. Das haben Sie, Herr Focke, offensichtlich nicht wahrgenommen. Sie meinen, das ist alles nur eine Kleinigkeit mit den Grenzwertüberschreitungen. Niemand hat in der öffentlichen Diskussion in Bremen bisher Alternativen vorgeschlagen, die wenigstens die Wirkung der Umweltzone haben werden. Ist es da klug, nichts zu tun beziehungsweise eine Kleinstzone zu fordern?

Die sogenannte Mikroumweltzone um den am schwersten mit Schadstoffen belasteten Bereich Dobbenweg/Bismarckstraße würde das Problem von einem von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Punkt lediglich nach dem Sankt-Florians-Prinzip kleinräumig verlagern, ohne den von den Grenzwertüberschreitungen betroffenen Menschen an den vielen anderen Belastungsschwerpunkten, in der Prognose für 2010 neun weitere für Feinstaub und 26 weitere bei Stickstoffdioxid, zu helfen. Ist das verantwortungsvolle Politik?

(Abg. Focke [CDU]: Das ist umstritten! Das sind andere Zahlen!)

Setzt die CDU hier auf die Ausnahmefrist der EU bis Ende 2011 für mit der Lösung dieses Problems überforderte Kommunen? Die Überforderung der CDU erscheint mir hier eher selbstgemacht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir nehmen die gesundheitlichen Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner der betroffenen Straßen ernst und warten nicht, bis Gerichte uns zum Schutz ihrer Gesundheit

zwingen. Deshalb lehnen die Koalitionsfraktionen den CDU-Antrag ab.

Wir haben in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung verabredet, dass wir zur Umsetzung der europäischen Richtlinien zur Luftqualität ein möglichst wirksames und unbürokratisches Verfahren festlegen werden, zu dem die Einrichtung von Umweltzonen gehört. Daran müssen wir uns als Koalition messen lassen.

Wir haben Verantwortung für die Gesundheit der Menschen an den Belastungsschwerpunkten. Der Feinstaub dringt zum Beispiel bis in unsere Blutbahnen ein und verursacht dort Ablagerungen, die zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Der BUND geht davon aus, dass in Bremen pro Jahr bis zu 180 vorzeitige Todesfälle auf verkehrsbedingten Feinstaub zurückzuführen sind. Im Vergleich dazu sterben in Bremen pro Jahr im Durchschnitt 20 Menschen durch Verkehrsunfälle. Da sei auch eine kleine statistische Ungenauigkeit bei der Prognose des BUND erlaubt. Man kann, glaube ich, trotzdem erkennen, dass es sich um ein größeres Problem handelt.

Wir können angesichts der Erkenntnisse über die Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub und Stickstoffdioxid auf das wirksamste Mittel gegen diese Gefährdungen nicht verzichten, nämlich die Einrichtung einer Umweltzone. Wir müssen aber auch unter Beweis stellen, dass wir die vereinbarte möglichst unbürokratische Umsetzung erreichen. Dazu gehört für uns als SPD auch, dass wir die Verhältnismäßigkeit der Umweltzone mit möglichst unbürokratischen Mitteln erreichen, die sich den Menschen in dieser Stadt schnell erschließen.

Wir als SPD möchten vermeiden, dass die Menschen in dieser Stadt die Umsetzung der Umweltzone als ungerecht empfinden. Europa und Bundespolitik haben viel zu spät dafür gesorgt, dass nur noch Autos mit einem solchen Umweltstandard verkauft werden konnten, der nötig ist, um die Gesundheit der Menschen an den städtischen Verkehrsschwerpunkten zu schützen. Besonders die Rußproblematik bei diesen Fahrzeugen wurde von der Bundes- und Europapolitik verschlafen.

(Glocke - Zuruf des Abg. Dr. Buhlert [FDP])

Jetzt, ich komme gleich zum Schluss, haben die Europa- und Bundespolitiker dieses aus ihren eigenen Versäumnissen entstandene Problem über die europäischen Grenzwerte für die Luftqualität bei den Kommunen abgeladen. Wir als SPD möchten nicht, dass hieraus ungerechtfertigte soziale und wirtschaftliche Härten in unserer Stadtgemeinde entstehen. Wir nehmen die Einwände aus dem Beteiligungsverfahren gegen die bisher vorgeschlagene Gestaltung der Umweltzone ernst. Kein Mensch und kein Unternehmen soll Bremen wegen der Umweltzone verlassen müssen. Wir möchten, dass die Umweltzone in Bremen so gestaltet wird, dass sie ein Erfolg wird. Dafür brauchen wir die breite Unterstützung der Menschen in dieser Stadt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

[...]